



AKTUELLES STEUERRECHT 2018

Mit Prof. Dr. Herbert Grögler | Steuerberater

TEIL II

Aus dem Inhalt

- Einlage wertgeminderter Gesellschafterdarlehen:
Alt- und Neufälle sind zu differenzieren
- Datenschutzgrundverordnung – Was muss getan werden?
- Ergänzende Hinweise zur Beratung bargeldintensiver Unternehmen
- Umsatzsteuer in Bauträgerfällen: Die unendliche Geschichte

Seminarreihe
AKTUELLES STEUERRECHT 2018
TEIL II

Verfasser:
Prof. Dr. Herbert Grögler | Steuerberater

Alle Rechte vorbehalten. Alle Angaben ohne Gewähr.
Diese Unterlagen einschließlich aller Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Die Weitergabe an Dritte sowie die Vervielfältigung, Übersetzung, Mikroverfilmung
und elektronische Verarbeitung -gleich welcher Art- ist nicht gestattet.

© 2018 AWS oHG und Prof. Dr. Grögler



BECKAKADEMIE
AWS

AUSBILDUNG UND
WEITERBILDUNG IM
STEUERRECHT

Inhaltsverzeichnis

A.	Vorwort	179
B.	Aktuelle Rechtsprechung / Ausführliche Kommentierungen	181
	27. Das Ende einer zuvor nicht erkannten Betriebsaufspaltung!	181
	28. Bewertung der Einlage wertgeminderter Gesellschafterdarlehen in ein Betriebsvermögen im Regelungsbereich von § 17 EStG: Alt- und Neufälle sind zu differenzieren	194
	29. Werbungskostenabzug bei beruflicher Nutzung eines im Miteigentum von Ehegatten stehenden außerhäuslichen Arbeitszimmers	208
	30. Der Abzug nachträglicher Schuldzinsen als Werbungskosten bei den Vermietungseinkünften	222
	31. Neue Rechtsprechung zur Änderung bestandskräftiger Bescheide (nicht nur) wegen offener Unrichtigkeit	237
C.	Aktuelles auf einen Blick	247
	32. Investitionsabzugsbeträge bei Personengesellschaften: Flexibel	247
	33. Rechtsprechungsübersicht zu privaten Veräußerungsgeschäften	249
	1. Einlösung von Xetra-Gold-Inhaberschuldverschreibungen: Kein privates Veräußerungsgeschäft	249
	2. „Nutzung zu eigenen Wohnzwecken“ – nur das „mittlere Jahr“ muss voll ausgefüllt sein!	250
	3. Die Veräußerung eines unentgeltlich bestellten Erbbaurechts ist kein privates Veräußerungsgeschäft	251
	34. Neue Urteile zur steuerlichen Behandlung von Versicherungsbeiträgen	252
	1. Selbst getragene Krankheitskosten können nicht im Rahmen des Sonderausgabenabzugs für Krankenversicherungsbeiträge berücksichtigt werden	252
	2. Krankenversicherungsbeiträge sind nur für jeweils eine Basisabsicherung abziehbar.....	253
	3. Steuerfreiheit von Beitragserstattungen aus berufsständischen Versorgungseinrichtungen: Die Finanzverwaltung liegt falsch!	254

35.	Die deutsche Regelung zur Margenbesteuerung für Reiseleistungen in § 25 UStG ist unionsrechtswidrig	255
36.	Weitere Entscheidungen zur Erbschaft- und Schenkungsteuer	256
	1. Der Vorläufigkeitsvermerk zur Neuregelung der Erbschaftsteuer ermöglicht keine nachträgliche Wahlrechtsausübung.....	256
	2. Unschädlichkeit der Wiederanlage von verschontem Vermögen – es kommt darauf an!.....	257
37.	Vorlage von Vertragsentwürfen: Zwingend bei einem Antrag auf verbindliche Auskunft!	258
38.	Das Alter: Jedenfalls steuerlich kein wirklicher Vorteil!	259
D.	Entwicklung der Gesetzgebung	260
39.	Erweiterte Mitteilungspflichten bei Auslandsbeziehungen	260
40.	Datenschutzgrundverordnung – Was muss getan werden?	263
41.	Die Vorschriften zur Einheitsbewertung für die Bemessung der Grundsteuer sind verfassungswidrig – aber keine Auswirkungen für die Vergangenheit!	272
E.	Verwaltungsecke	274
42.	Sanierungsgewinne in Altfällen: „Buh“ für den Gesetzgeber, Lob für die Finanzverwaltung!	274
43.	Weitere Hinweise zur Beratung bargeldintensiver Unternehmen	278
44.	Lohnsteuerliche Behandlung der Überlassung eines betrieblichen Kraftfahrzeugs an Arbeitnehmer	293
F.	Praxishinweise	302
45.	Die Verpflichtung zur Wertaufholung	302
46.	Empfehlungen zur Belegvorlage für Steuererklärungen ab dem Veranlagungszeitraum 2017	307
47.	Aktuelle Hinweise für Arbeitgeber und Arbeitnehmer	312
48.	Neues zum Beratungsfeld „Anschaffung von Immobilien“	319
49.	Umsatzsteuer in Bauträgerfällen: Die unendliche Geschichte	330

G.	Rechtsbehelfshinweise	341
50.	Liste der Vorläufigkeiten	341
51.	Rechtsbehelfsliste	346
H.	Rückblick	355
52.	Zinsloses Betriebsdarlehen von Angehörigen: Das Bundesverfassungsgericht als letzte Hoffnung?	355
53.	Das Zusätzlichkeitserfordernis in § 37b EStG: Neues vom BFH	357
54.	Erfreuliches und Unerfreuliches zum Transparenzregister	359

Themenübersicht

A. Einkommensteuer

§ 3 Nr. 3 Bst. c EStG	Steuerfreiheit von Beitragsersatzungen aus berufsständischen Versorgungseinrichtungen.....	254
§ 3a EStG	1. Steuerfreiheit für Sanierungserträge.....	274
	2. Schuldenerlass bis zum 08.02.2017	274
§ 6 Abs. 1 Nr. 5		
S. 1 Bst. b, Abs. 5		
S. 2 EStG	1. Bewertung der Einlage wertgeminderter Gesellschafterdarlehen in ein Betriebsvermögen im Regelungsbereich von § 17 EStG,	194
	2. Differenzierung Altfälle	201
	3. Differenzierung Neufälle.....	203
	4. Einlagen sind grundsätzlich mit ihrem Teilwert zu bewerten	198
	5. Begrenzung bei Einlage eines Anteils an einer Kapges. i. S. d. § 17 EStG auf die AK/HK des WG	198
§ 6 Abs. 5 EStG	Kann die Direktübertragung von Einzel-WG zwischen Schwesterpersonengesellschaften nur unter Aufdeckung der stillen Reserven erfolgen.....	303
§ 7 Abs. 4 - 5a EStG	Ermittlung der BMG der AfA - Arbeitshilfe zur Kaufpreisaufteilung	322
§ 7g EStG	1. Investitionsabzugsbeträge bei Personengesellschaften	247
	2. Begünstigte Investition auch wenn Bildung des IAB im Gesamthandsbereich und Anschaffung im Sonderbetriebsvermögen eines Gesellschafters	247
§ 7h EStG	Erhöhte Absetzungen für den Erwerber einer neu errichteten ETW	325
§ 8 Abs. 2 S. 2 - 5 EStG	1. Lohnsteuerliche Behandlung der Überlassung eines betrieblichen Kfz an Arbeitnehmer	293
	2. Bewertung der Fahrten zwischen Wohnung und Tätigkeitsstätte	293
	3. Bereitschaftsdienst u.ä.....	298
	4. Junggesellenregelung	298
	5. Anwendung der Fahrtenbuchregelung	299
	6. Nutzungsentgelt des Arbeitnehmers	301
	7. Leasingfälle	301

§ 8 Abs. 2 S. 11 EStG	1. Lohnzufluss bei begünstigter Nutzung von Fitnessstudios..... 312 2. Zufluss nicht bereits mit der Einräumung des Bezugsrechts (z. B. bei mehrmonatigen Beiträgen) 314 3. Ausnahme Jahreskarte für die Benutzung öffentlicher Ver- kehrsmittel 315
§ 9 Abs. 1 EStG	1. Werbungskostenabzug bei beruflicher Nutzung eines im Miteigentum von Ehegatten stehenden außerhäuslichen Arbeitszimmers..... 208 2. Abzug nachträglicher Schuldzinsen als Werbungskosten bei den Vermietungseinkünften..... 222
§ 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG	Selbst getragene Krankheitskosten können nicht im Rahmen des Sonderausgabenabzugs für Krankenversicherungsbeiträge berücksichtigt werden 252
§ 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG	Krankenversicherungsbeiträge sind nur für jeweils eine Basisabsicherung abziehbar 253
§ 10 Abs. 4b S. 2 - 3 EStG	Keine Kürzung bzw. Verrechnung mit Sonderausgaben für steuerfreie Beitragsrückerstattungen nach § 3 Nr. 3 Bst. c EStG 254
§ 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, Abs. 2 EStG	1. Folgen der Beendigung einer zuvor nicht erkannten Betriebsaufspaltung 181 2. Ende einer Betriebsaufspaltung - evtl. Aufleben des Verpächterwahlrechts (kein Zwang zur Aufdeckung der stillen Reserven) 185 3. Rechtsfolgen einer Betriebsaufspaltung/Entstehung 184 4. Gehören immat. WG (Kundenstamm, Firmennamen etc.) zu den wesentlichen Betriebsgrundlagen? 187 5. Unterscheidung zwischen Betriebsverpachtung und Betriebsaufspaltung 188
§ 17 Abs. 1 EStG	Erwerb eigener Anteile einer Gesellschaft führt auf Ebene des Gesellschafters zu einer Veräußerung i. S. d. § 17 Abs. 1 EStG 205
§ 20 Abs. 1 Nr. 7, Abs. 2 S. 1 Nr. 7 EStG	Einlösung von Xetra-Gold-Inhaberschuldverschreibungen 249
§ 21 Abs. 1 EStG	Abzug nachträglicher Schuldzinsen als Werbungskosten bei den Vermietungseinkünften..... 222

§ 23 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG	Einlösung von Xetra-Gold-Inhaberschuldverschreibungen - kein privates Veräußerungsgeschäft.....	249
§ 23 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 S. 3 Alt. 2 EStG	Nutzung zu eigenen Wohnzwecken - zusammenhängender Zeitraum	250
§ 23 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, S. 3 EStG	Die Veräußerung eines unentgeltlich bestellten Erbbaurechts ist kein privates Veräußerungsgeschäft	251
§ 33 Abs. 2 EStG	Kein Abzug für Krankenversicherungsbeiträge, die nicht als Son- derausgaben abziehbar sind.....	253
§ 41b Abs. 1 Nr. 9 EStG	Eintrag des Großbuchstaben "F" in der Lohnsteuerbescheinigung	315
§ 50i Abs. 1 S. 4 EStG	Gesetzliche Umschreibung des Begriffs der Betriebsaufspaltung	183
 B. Umsatzsteuer		
§ 25 UStG	Die deutsche Regelung zur Margenbesteuerung für Reiseleistungen ist unionswidrig.....	255
§ 27 Abs. 19 UStG	Umsatzsteuer in Bauträgerfällen	330
 C. Verfahrensrecht		
§ 89 Abs. 2 S. 2, 3 AO	Bei einem Antrag auf verbindliche Auskunft sind zwingend die Vertragsentwürfe mir vorzulegen.....	258
§ 129, 175 b AO	1. Änderung bestandskräftiger Bescheide (nicht nur) wegen offen- barer Unrichtigkeit	237
	2. Abweichung elektronisch übermittelter Daten zur Papiererklä- rung des Stpfl. - fehlender Abgleich durch das Finanzamt führt zu keiner offenbaren Unrichtigkeit i. S. d. § 129 AO.....	237
	3. kein § 129 AO bei mangelnder Sachverhaltsaufklärung seitens der Behörde	239

§§ 138 Abs. 2, 138 b AO	1. Erweiterte Mitteilungspflichten bei Auslandsbeziehungen 260 2. Anzeigepflicht für den Erwerb von qualifizierten Beteiligungen an ausländischen Gesellschaften..... 260
§ 146 Abs. 1 AO	1. Ordnungsmäßigkeit der Kassenbuchführung - Einzelaufzeichnungspflicht als Grundsatz..... 278 2. Ausnahmen von der Einzelaufzeichnungspflicht aus Zumutbarkeitsgründen 280 3. Merkblatt der OFD Karlsruhe zur Ordnungsmäßigkeit der Kassenbuchführung 278
§ 146b AO	Kassen-Nachschaу 286
§ 193 Abs. 1 AO	Unzulässigkeit einer Außenprüfung kann nicht mit dem hohen Alter des Stpfl. begründet werden..... 259
§ 150 Abs. 4, 7 S. 1 AO	Ausgefülltes qualifiziertes Freitextfeld führt zwingend zu einer personellen Bearbeitung der Erklärung 244
§ 175 b AO	Korrekturmöglichkeit neu ab 2017 bei fehlerhafter Übernahme von Daten in die Verarbeitung und bei fehlerhafter Verarbeitung von richtig übernommenen Daten..... 241

D. Erbschaftsteuer und Bewertung

§ 13a Abs. 8 ErbStG	Der Vorläufigkeitsvermerk zur Neuregelung der Erbschaftsteuer ermöglicht keine nachträgliche Wahlrechtsausübung..... 256
§ 13 a Abs. 5 Nr. 4 ErbStG	Unschädlichkeit der Wiederanlage von verschonten Vermögen 257
§ 19 BewG	Feststellung der Einheitswerte für den Grundbesitz auf der Grundlage der Wertverhältnisse 01.01.1964 sind verfassungswidrig gelten aber für die Grundsteuerfestsetzung bis zum 31.12.2019/ 31.12.2024 unverändert weiter..... 272
§ 198 BewG	Nachweis eines niedrigeren gemeinen Wertes eines Grundstücks durch ein Gutachten 319

E. Sonstige Gesetze

EU-Datenschutzgrund-

verordnung (DSGVO)	1. Praxishilfen zum Thema Datenschutz von der Bundessteuer- beraterkammer (BStBK)	263
	2. Tätigkeit des steuerlichen Beraters ist keine Auftragsverarbeitung i. S. d. DSGVO	265
	3. Keine Besonderheiten bei der Lohn- und Gehaltsbuchhaltung	265
	4. Benennung eines Datenschutzbeauftragten in Steuer- kanzleien nur erforderlich wenn mindestens 10 Personen ständig mit der automat. Verarbeitung personenbezogener Daten beschäftigt sind	266

Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens

Empfehlungen zur Belegvorlage für Steuererklärungen ab dem VZ 2017	307
---	-----

Aufwendungsausgleichsgesetz (AAG)

Umlage für Arbeitsunfähigkeit und Mutterschutz: Teilweise geän- derte Sichtweise auf GmbH-Geschäftsführer	317
--	-----